



Jugendcheck 2024

Positionen der Parteien
zur EU-Wahl

IMPRESSUM

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV)
Lichtensteinstraße 57/2, A-1090 Wien

E-Mail: office@bjv.at

Web: www.bjv.at

Der Verein ist die Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung
gem. § 10 Bundes-Jugendvertretungsgesetz.



Bundeskanzleramt



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Gem. den Bestimmungen des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes
§ 10 wird die Arbeit der Bundesjugendvertretung
vom BKA/Sektion VI/Familie und Jugend unterstützt.

Vorwort

Am 9. Juni 2024 findet die nächste Wahl des Europäischen Parlaments statt. Jugendthemen gehen im Wahlkampf oft unter. Darum haben wir als Bundesjugendvertretung einen eigenen Jugendcheck erstellt.

Mit unserer Broschüre kannst du dir einen Überblick verschaffen, wie die Parteien zu den wichtigsten Jugendthemen stehen. Außerdem liefern wir dir zentrale Infos rund um die Wahl und alle Fristen, damit deine Stimme zählt.

Denn: Nur wer wählen geht, bestimmt auch mit!

Du kannst bei der Wahl mitentscheiden, welche Abgeordneten und Parteien künftig für Österreich im Europäischen Parlament sitzen.

Die Stimme der Jugend muss von der Politik gehört werden. Das ist uns als gesetzlich verankerte, überparteiliche Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen wichtig!

Das Vorsitzteam:

Julian Christian, Rihab Toumi,
Sabir Ansari und Sabrina Prochaska

Wahlinfos



Damit du alle Informationen hast, die du zum Wählen brauchst, hier die wichtigsten Fakten:

Wann wird gewählt:

9. Juni 2024 - an diesem Tag findet in Österreich die EU-Wahl statt. Vorab kannst du **auch per Briefwahl** deine Stimme abgeben.

Wer wird gewählt:

Bei der Europawahl wählen die Bürger*innen der Länder der Europäischen Union die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Insgesamt werden bei der EU-Wahl 720 Abgeordnete des Europäischen Parlaments gewählt, 20 Mitglieder kommen aus Österreich.

Wer darf wählen:

Alle österreichischen **Staatsbürger*innen ab 16 Jahren.**

Auch andere EU-Bürger*innen können in Österreich ab 16 Jahren wählen, wenn sie sich ins Wähler*innen-Verzeichnis eingetragen haben.

Wie kannst du wählen:

Du kannst im **Wahllokal** oder per **Briefwahl** wählen.

Wahllokal: Zum Wählen brauchst du einen amtlichen Lichtbildausweis (z.B. Reisepass). Standort und Öffnungszeiten deines Wahllokals stehen in der „Amtlichen Wahlinformation“, die du per Post bekommst. Den Stimmzettel erhältst du vor Ort von der Wahlkommission. Wenn du in einem anderen Wahllokal wählen willst, besorg dir bei deiner Gemeinde rechtzeitig eine Wahlkarte.

Briefwahl: Für eine Briefwahl im In- und im Ausland benötigst du auch eine Wahlkarte. Diese muss spätestens am 9. Juni um 17 Uhr bei der zuständigen Wahlbehörde eintreffen.

Infos zu Wahllokalen und eine Briefwahl-Anleitung findest du hier: www.bmi.gv.at/wahlen

Deine Stimme ist gültig, wenn dein „Wähler*innenwille“ eindeutig erkennbar ist. Du kannst eine Partei wählen und zusätzlich eine Vorzugsstimme für eine*n Kandidat*in der Partei, die du wählst, vergeben.

Weitere Wahlinfos findest du hier:

www.elections.europa.eu/de

Warum wählen?

Du fragst dich, warum du wählen gehen sollst?

Dafür gibt es viele Gründe!

Nur wer wählt, bestimmt mit! Überlass nicht anderen die Entscheidung, **wer deine Interessen** in der EU vertreten soll und dort die Politik mitgestaltet.

Weil es **einen Unterschied** macht! Du entscheidest mit deiner Stimme, welche Partei die stärkste Kraft im EU-Parlament wird und ihr Programm am besten umsetzen kann.

Weil du es kannst! Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin! Nur wenn du dich an Wahlen beteiligst, bist du Teil einer **lebendigen Demokratie.**



Jugendcheck



Wie stehen die Parteien zu den wichtigsten Jugendthemen?

Wir haben einen Jugendcheck gemacht und die **Positionen aller österreichischen Parlamentsparteien** abgefragt, die bei der EU-Wahl kandidieren. So kannst du auf einen Blick sehen, wie die Parteien zu verschiedenen Fragen stehen.

Das soll dir die Wahlentscheidung leichter machen.

Das sind die Themen des Jugendchecks im Überblick:

- **Frieden & internationale Zusammenarbeit**
- **Sozialer Zusammenhalt & Chancengerechtigkeit**
- **Bewältigung der Klimakrise**
- **Lernen & Arbeiten in Europa**
- **Demokratie & Rechtsstaatlichkeit**
- **Jugendbeteiligung in Europa**

Außerdem wollen wir dir die Spitzenkandidat*innen der einzelnen Parlamentsparteien vorstellen. Die **Steckbriefe** findest du auf den nächsten Seiten.



Reinhold Lopatka

Alter: 64 Jahre

Partei: ÖVP

In die Politik ging ich, um ...

mich für Frieden in Europa einzusetzen.

Die EU bedeutet für mich ...

Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Politik für junge Menschen heißt für mich, ...

dass wir als Politiker nicht vergessen dürfen, die Jugend bei der Entscheidungsfindung mit einzubinden. Denn sie betrifft morgen, was wir heute entscheiden.



Andreas Schieder

Alter: 55 Jahre

Partei: SPÖ

In die Politik ging ich, um ...

Dinge so zu verändern, dass sie zu einem besseren Leben für die Menschen führen.

Die EU ist für mich ...

eine Herzensangelegenheit, darum setze ich mich für ein optimistisches, fortschrittliches und faires Europa ein.

Politik für junge Menschen heißt für mich, ...

über den Tellerrand hinauszublicken und solche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch die nächsten Generationen in sozialer Absicherung und einer intakten Umwelt leben können.



Harald Vilimsky

Alter: 57 Jahre

Partei: FPÖ

In die Politik ging ich, um ...

um Dinge für mein Land und dessen Menschen zum Besseren zu verändern.

Die EU bedeutet für mich ...

viele Fehlentwicklungen, die es für Österreich und Europa zu berichtigen gilt.

Politik für junge Menschen heißt für mich, ...

für die Zukunft zu gestalten, um ihnen bessere Grundvoraussetzungen und Sicherheiten zu schaffen.



Lena Schilling

Alter: 23 Jahre

Partei: Grüne

In die Politik ging ich, um ...

einen Unterschied zu machen. Ich will dem alten Denken mutige, unkonventionelle Politik entgegensetzen. Nur so werden wir unser Klima und unsere Zukunft retten.

Die EU ist für mich ...

gemeinsam große Krisen anzugehen und miteinander für ein menschliches, soziales und klimagerechtes Europa zu kämpfen.

Politik für junge Menschen heißt für mich, ...

junge Perspektiven zu hören, sie mitzunehmen und vor allem jungen Menschen Gehör zu verschaffen.



Helmut Brandstätter

Alter: 68 Jahre

Partei: NEOS

In die Politik ging ich, um ...

ein Europa für alle Generationen mitzugestalten, das gerecht, friedlich und grenzenlos ist.

Die EU bedeutet für mich ...

das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und gemeinsam das Leben der Menschen in unseren Vereinigten Staaten von Europa einfacher und besser zu machen.

Politik für junge Menschen heißt für mich, ...

Europa auch wieder zu einem Projekt für die Jungen zu machen und Bildung zur 5. Europäischen Freiheit zu machen.

**Hier geht's zum
Jugendcheck!**



Symbollegende:



Ja



Nein

k.A. keine eindeutige Antwort

1

Friede & internationale Zusammenarbeit

Sind Sie für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

Unterstützen Sie die Idee, dass die EU mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Friedensförderung in Konfliktregionen bereitstellt?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

Sollten junge Menschen zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik miteinbezogen werden?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

ÖVP

Wir müssen uns in der EU ganz klar gemeinsam für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzen, anstatt nur darüber zu sprechen. Das ist das primäre Ziel für mich und auch für Österreich. Es ist wichtig, dass auch junge Menschen an diesen Entscheidungen mitwirken. Sie sind in Zukunft am meisten davon betroffen und bringen auch einen frischen Wind und neue Perspektiven in die Politik.

SPÖ

Frieden ist, wie der Ukraine-Konflikt zeigt, keine Selbstverständlichkeit. Friedensverhandlungen sind aktiv zu unterstützen. Europas Verantwortung ist es, Frieden, Demokratie und Menschenrechte weltweit zu fördern. Demokratie und Menschenrechte – auch soziale Rechte – sind Grundbedingungen für eine friedliche Entwicklung. Aktive Neutralitätspolitik leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

FPÖ

Das Sicherheits- und Verteidigungsprinzip steht im krassen Widerspruch zu unserer Neutralität. Zudem birgt es die Gefahr, dass österreichische Soldaten in Kriegsgebieten eingesetzt werden können. Österreich stellt bereits genug Mittel für humanitäre Hilfe und Friedensförderung bereit, diese müssen an Konditionen gebunden sein. Die Einbindung der Menschen in politische Themen ist generell wichtig.

1

Friede & internationale Zusammenarbeit



Grüne

Wir müssen in Frieden investieren. Wir sind dafür, dass es künftig einen eigenen zivilen Friedensdienst als Instrument unserer Außenpolitik gibt. Im Rahmen unserer aktiven Neutralität müssen wir ein verlässlicher Partner der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. Österreich soll sich mit humanitärer Hilfe und Initiativen zur Stärkung der Zivilgesellschaft einbringen.

NEOS

Wir NEOS wollen, dass wir ehrlich darüber reden, wie Europa uns beschützen kann. Es gibt in Österreich viele, die sich Sorgen machen. Wir wollen den Frieden in Europa sichern, indem wir eine gemeinsame Verteidigungspolitik aufbauen. EU-Länder müssen gemeinsam in ihre Sicherheit investieren und langfristig wollen wir ein gemeinsames EU-Heer aus Berufssoldaten, also Profis, die uns schützen können.

2

Sozialer Zusammenhalt & Chancengerechtigkeit

Sind Sie für strengere Sanktionen zur Eindämmung von Hate Speech (Hassrede)?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

Befürworten Sie Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensungleichheit innerhalb der EU, bspw. durch Einführung eines EU-weiten Mindestlohns?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

Sind Sie dafür, dass die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Strategien zur Armutsbekämpfung zu entwickeln und umzusetzen – insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut?

ÖVP 
SPÖ 
FPÖ 

Grüne 
NEOS 

2

Sozialer Zusammenhalt & Chancengerechtigkeit

ÖVP



Die Familienpolitik in Österreich leistet einen zentralen Beitrag zur Reduzierung von Armut. Bei Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung liegen wir deutlich unter dem EU-Schnitt, bei finanziellen Familienleistungen im Spitzenfeld. Ein EU-weiter Mindestlohn würde in die Sozialpartnerautonomie in Österreich eingreifen. Im Kampf gegen jegliche Formen von Hass und Gewalt gehört Österreich zu den Vorreitern.

SPÖ

Sozialer Zusammenhalt, Chancengleichheit und Diskriminierungsschutz müssen ausgebaut und geschützt werden. Um Hass im Netz einzudämmen, sind Aktionspläne wichtig. Die SPÖ kämpft für Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensungleichheit sowie zur Armutsbekämpfung, insbesondere Kinderarmut. Die Regierung ist hier untätig. Die EU-Kindergarantie ist ein wichtiger, rasch umzusetzender Meilenstein.

FPÖ

Die EU hat keinerlei Kompetenz in sozialpolitischen Agenden. Die FPÖ ist für einen Mindestlohn – dafür braucht man aber keine EU. Bezüglich Hassrede ist bis heute nicht klar, wer das eigentlich definiert – beim Media Freedom Act soll das ein Gremium machen, das aber auch nie wirklich objektiv agieren kann. Wir sehen darin vor allem eine fadenscheinige Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Grüne

Bezüglich Hate Speech müssen wir gesetzliche Lücken schließen. Hate Speech ist kein Kavaliersdelikt. Wir unterstützen alle Schritte, die europaweit Einkommensungleichheit bekämpfen und sicherstellen, dass Löhne existenzsichernd sind. Armut führt zu Ausgrenzung und Diskriminierung, worunter besonders Kinder und Jugendliche leiden. Armutsbekämpfung ist eine Existenzfrage für moderne Demokratien.

NEOS

Europa muss wieder zum Projekt der Jungen werden. Die EU hat uns Wohlstand ermöglicht. Trotzdem gibt es Ungleichheiten, die wir lösen müssen, etwa beim Generationenvertrag oder Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ein starker europäischer Binnenmarkt hilft uns, EU-Mindestlöhne sind der falsche Weg. Die EU hat für Hassrede schon strengere Regeln geschaffen, die es umzusetzen gilt.

3

Bewältigung der Klimakrise



Sind Sie für eine europaweit einheitliche CO2-Steuer?

ÖVP		Grüne	
SPÖ		NEOS	
FPÖ			

Sind Sie für die Einführung einer EU-weiten Kerosinsteuer und für ein Verbot von Kurzstreckenflügen innerhalb der EU?

ÖVP		Grüne	
SPÖ		NEOS	k.A.
FPÖ			

Sind Sie für Sanktionen für verfehlte Klimaziele auf EU-Ebene?

ÖVP		Grüne	
SPÖ		NEOS	
FPÖ			

ÖVP

Beim Klimaschutz ist es wichtig, Anreize und Alternativen zu schaffen, anstatt Verbote auszusprechen. Wichtig ist es, Chancen zur Innovation zu ergreifen und die vorhandenen Mittel kosteneffektiv einzusetzen (Green Budgeting). Wir müssen weniger über den Verzicht, sondern mehr über die positiven Effekte vom Klimaschutz sprechen.

SPÖ

Die SPÖ kämpft für die Transformation zu einer klimagerechten Wirtschaft, die ein gutes und sicheres Leben für alle sichert - ohne Gefährdung unserer Lebensgrundlagen. Dazu gehört eine EU-weite, sozial ausgewogene CO₂-Steuer, die auf Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, Rücksicht nimmt, sowie die Besteuerung von Kerosin und die deutliche Reduktion von Kurzstreckenflügen.

FPÖ

Wir wollen eine Umwelt- und Klimapolitik mit Hausverstand. Wir sind für erneuerbare Energien und Energieautarkie, aber auch Technologieneutralität. Der Green Deal hat viel an Wohlstand vernichtet, viele Abhängigkeiten geschaffen und hat zudem zu einem Revival der Atomkraft und deren Förderung geführt.

3

Bewältigung der Klimakrise



Grüne

Ein europaweiter CO₂-Preis ist ab 2027 vorgesehen und ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Klimakrise. Es ist eine Frage der Fairness, dass alle Verkehrsträger im Sinne von Kosten- und Klimagerechtigkeit ihren Beitrag leisten. Die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit und Verträge ohne Konsequenzen haben sich nicht bewährt.

NEOS

Die Klimakrise können wir nur gemeinsam lösen. Wir wollen einen einheitlichen Preis für CO₂ in Europa: sie schafft Kostentransparenz und das braucht es auch für Kerosin. Die EU-Politik muss Anreize setzen, damit mehr Menschen klimafreundlich unterwegs sind und z.B. die Bahn nutzen. Dazu gehört auch der Ausbau des Schienennetzes und leistbare Tickets. Ein Verbot von Flügen finden wir nicht zielführend.

4

Lernen & Arbeiten in Europa

Sind Sie für ein EU-weites Verbot von unbezahlten Praktika?

ÖVP	k.A.	Grüne	👍
SPÖ	👍	NEOS	k.A.
FPÖ	k.A.		

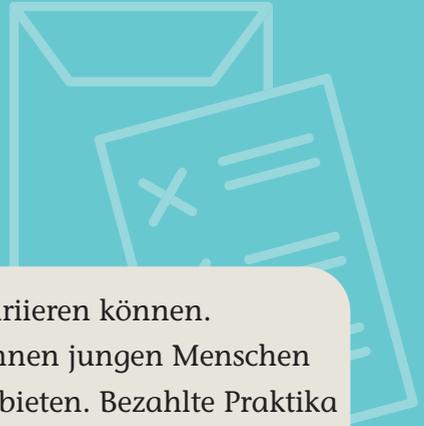
Soll es Ihrer Meinung nach zukünftig mehr Geld für Europäische Bildungs- und Jugendförderungsprogramme geben?

ÖVP	👍	Grüne	👍
SPÖ	👍	NEOS	👍
FPÖ	k.A.		



4

Lernen & Arbeiten in Europa



ÖVP

Die Bezahlung von Praktika sollte variieren können. Unbezahlte Ausbildungspraktika können jungen Menschen während ihrer Ausbildung Chancen bieten. Bezahlte Praktika sollten gefördert werden, um Leistung und Arbeit angemessen zu honorieren. Das Engagement junger Menschen verdient Anerkennung und Förderung, da es einen bedeutenden Beitrag zur europäischen Gemeinschaft leistet.

SPÖ

Die SPÖ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen sowie ein Verbot unbezahlter Praktika ein. Ein erster wichtiger Schritt war die Abschaffung unbezahlter Praktika im EU-Parlament. Alle jungen Menschen sollen die Möglichkeit haben, ein Praktikum zu absolvieren, nicht nur die Kinder reicher Eltern. Europäische Bildungs- und Jugendförderungsprogramme sind ein zentrales Element europäischer Politik.

FPÖ

Natürlich müssen Praktika entsprechend entlohnt werden. Dennoch ist es weiterhin Sache der Nationalstaaten dies durchzusetzen. Hinsichtlich Europäischer Bildungs- und Jugendförderungsprogramme: Nur dann mehr Geld, wenn diese keinen ideologischen Beigeschmack haben und den Jugendlichen keine ideologische Denkweisen indoktriniert werden.

Grüne

Praktikant:innen leisten Arbeit, die wie jede andere Form der Arbeit entlohnt werden muss. Alles andere ist Ausbeutung. In Bildung und Jugendförderung zu investieren zahlt sich auf vielen Ebenen aus. Ob es um Qualifizierung, Ausbildung, die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit oder andere Themen geht – europäische Programme in diesen Bereichen können hier ein Schlüssel sein.

NEOS

Wir wollen Bildung zur 5. Freiheit der EU machen und mehr Lehrlinge in das Erasmus+ Programm holen. Auch bei der Bildung soll es keine Grenzen mehr in der EU geben. Jeder und jede soll dort lernen, wo sie oder er mag. Erasmus+ soll daher mehr Geld bekommen. Europäische Mindeststandards für faire Praktika, die wertvolle Erfahrung schaffen, finden wir positiv.

5

Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

Finden Sie, dass die EU-Mitgliedstaaten zur Wahrung der demokratischen Grundwerte, wie unabhängige Justizsysteme und Medien, verpflichtet werden sollten?

ÖVP	👍	Grüne	👍
SPÖ	👍	NEOS	👍
FPÖ	👎		

Unterstützen Sie die Idee einer Reform des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, um Entscheidungsprozesse in der EU zu beschleunigen und Blockaden zu vermeiden?

ÖVP	👎	Grüne	👍
SPÖ	👍	NEOS	👍
FPÖ	👎		



ÖVP

Demokratische Grundwerte stehen für mich an oberster Stelle und dürfen auf keinen Fall gefährdet werden. Die Unabhängigkeit von Justiz und Medien muss ausnahmslos zu jeder Zeit gegeben sein. In der EU haben wir aktuell das große Problem, dass sich Entscheidungsprozesse stark in die Länge ziehen. Bei vielen dieser Hürden ist es notwendig, über die Sinnhaftigkeit zu diskutieren.

SPÖ

Demokratische Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit sind die zentrale Basis der Europäischen Union. Alle Mitgliedsstaaten der EU sind verpflichtet, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren! In einer Zeit multipler Krisen ist es verstärkt notwendig, diese durch stetige Weiterentwicklung und Reformen zu schützen und dadurch zu festigen.

FPÖ

Wir erachten, dass diese Debatte politisch ideologisch motiviert ist und man Länder abstrafen möchte, die sich nicht dem Brüsseler Wertekanon unterwerfen oder anderer Ansicht bei illegaler Migration sind. Bei Abschaffung der Einstimmigkeit sehen wir große Nachteile v.a. für kleinere Staaten wie Österreich, da die Einstimmigkeit in wichtigen Fragen vor allem Blockbildungen großer Staaten verhindert.

5

Demokratie & Rechtsstaatlichkeit



Grüne

Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage für Vertrauen in Politik, Institutionen und unsere Demokratie. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ist das wesentliche Instrument dafür. Das Einstimmigkeitsprinzip begrüßen wir vor allem in der Außen- und Wirtschaftspolitik. Im Sicherheitsbereich hingegen muss die Neutralität mitbedacht werden.

NEOS

Wir dürfen uns diese EU nicht wegnehmen lassen. Kräfte wie Victor Orban, die AfD in Deutschland und die FPÖ wollen die EU und unsere Stimme in der EU schwächen. Wir wollen sie stärker und lauter machen – mit einer Direktwahl des:der Kommissionspräsident:in und mit einer Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, damit Länder wie Ungarn die EU nicht mehr erpressen können.

6

Jugendbeteiligung in Europa

Können Sie sich vorstellen, sich gegenüber anderen Mitgliedsstaaten für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen einzusetzen?

ÖVP	👍	Grüne	👍
SPÖ	👍	NEOS	👍
FPÖ	👎		

Denken Sie, es gibt für junge Menschen genug Möglichkeiten zur Beteiligung in der EU?

ÖVP	👍	Grüne	👎
SPÖ	👎	NEOS	👎
FPÖ	👍		

Sind Sie für einen verbindlichen Jugendanteil von mindestens 10 Prozent Unter-30-Jährigen bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments?

ÖVP	👎	Grüne	👎
SPÖ	👎	NEOS	👎
FPÖ	👎		

6

Jugendbeteiligung in Europa

ÖVP

Jungen Menschen in der Politik eine Stimme zu geben, ist mir persönlich ein sehr großes Anliegen. Sei es, mit 16 Jahren wählen zu dürfen, oder sich selbst politisch zu engagieren. In Europa gibt es bereits gute Möglichkeiten, wie zum Beispiel das European Youth Parliament. In Europa gibt es mittlerweile immer mehr junge Politiker. Einen verbindlichen Jugendanteil halte ich nicht für notwendig.

SPÖ

Österreich hat mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre äußerst positive Erfahrungen gemacht. Die SPÖ spricht sich für die Wahlaltersenkung auch in anderen Mitgliedstaaten sowie den Ausbau partizipativer Angebote für junge Menschen aus. Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ war ein wichtiger Schritt für mehr Beteiligung. Ähnliche Projekte sollen weiterhin umgesetzt werden.

FPÖ

Nationale Wahlrechtsreformen obliegen den jeweiligen Nationalstaaten. Zudem sind wir gegen jedwede Art von Zwangsquoten. Vielmehr sollten politische Entscheidungsträger entsprechende Kompetenzen, Fachwissen und Leistungsfähigkeit aufweisen.

Grüne

Die Wahlaltersenkung in Österreich war ein Meilenstein für Jugendbeteiligung und politische Partizipation. Es braucht aber auch niederschwellige Möglichkeiten, damit sich Jugendorganisationen besser beteiligen können. Wir sind für das Schließen des Age-Gap und die Priorisierung junger Kandidaturen innerhalb der Parteistrukturen. Dafür müssen wir jungen Menschen Mut machen und sie unterstützen.

NEOS

Wir NEOS sind für mehr Beteiligung von Jungen in der EU. Das Wahlalter überall auf 16 zu senken ist längst überfällig, gleichzeitig muss die politische Bildung besser werden. Wir sind gegen verbindliche Quoten auf Listen, wir sehen es als unsere Aufgabe, starke junge Kandidat:innen zu fördern. Damit mehr Junge in die Politik gehen, wollen wir die EU wieder zu einem Projekt für die Jungen machen.



EU-Wahl

9. Juni 2024

**Deine
Stimme
zählt.**



www.jugendcheck.at